

FALLSTUDIE

SINZIG

 EINWOHNER: CA. 17.000	 FLÄCHE: 41 KM²	 BUNDESLAND: RHEINLAND-PFALZ LANDKREIS: AHRWEILER	GEPLANTES ENERGIEWENDEVORHABEN: 4-6 Windräder Projektverlauf: Leicht
--	--	---	---

RAHMENDATEN

Die verbandsfreie Stadt Sinzig in Rheinland-Pfalz liegt direkt am Rhein im Landkreis Ahrweiler.

Sinzig besteht aus der Kernstadt und den eingemeindeten ländlichen Ortsteilen Bad Bodendorf, Franken, Koisdorf, Löhndorf und Westum.

ZENTRALE AKTEURE:

- Stadtrat
- Ortsvorsteher Franken und Löhndorf
- Nachhaltigkeitsmanagerin
- Bürgermeister
- Klimaschutz AG
- Projektierer: e-regio und eegon eG

PROJEKTVERLAUF

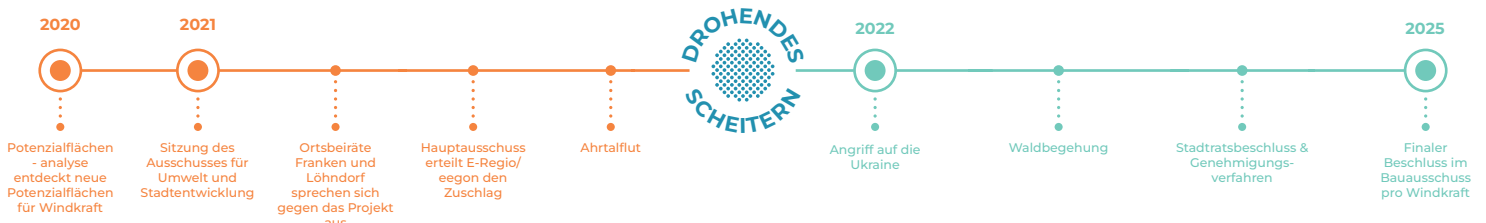
Nachdem eine Potenzialflächenanalyse in Sinzig zuvor unentdeckte Potenzialflächen für Windkraft identifiziert hatte, plante die Stadt 2021 die Ausschreibung für Windräder auf dem Harterscheid - einem Waldstück zwischen den Ortsteilen Löhndorf und Franken. Die Windräder sollten zur Energiewende beitragen und eine neue Einnahmequelle für die Kommune sein. Die Ortsvorsteher der beiden betroffenen Orte sprachen sich jedoch in einem gemeinsamen Ortsbeiratsbeschluss gegen das Projekt aus.

Der Stadtrat war in der Folge bezüglich der Windräder zunächst gespalten. Innerhalb der Kommune entwickelte sich in dem Zuge eine neue Dynamik. Die Freien Wähler warben für mehr Information und eine Vor-Ort-Begehung. Zudem bekam die Stadt eine neue Klimaschutzmanagerin, die fortan den Prozess begleitete und maßgeblich mitgestaltete. Hinzu kamen externe Schocks: Im Jahr 2021 kam es zur Flut im Ahrtal, 2022 begann

der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, woraufhin eine Energiepreiskrise folgte. Diese Ereignisse hatten laut einigen der Interviewten Einfluss auf die Zustimmung für das Projekt.

Am Ende wurde 2022 der Zuschlag dem Projektierer E-Regio und der Eifel Energiegenossenschaft eG (eegon) erteilt. Nach einem weiteren Gutachten zu den Windkraftanlagen kam es 2025 zu einem Beschluss im Bauausschuss, der sich mit knapper Mehrheit (acht Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und eine Enthaltung) für nur noch drei Windräder aussprach.

Noch ist die Umsetzung des Vorhabens aber aus anderen Gründen unsicher. Mögliche Veto-Akteure für das Projekt sind nun das Fraunhofer FHR und die Bundeswehr im nahegelegenen Wachtberg. Diese könnten das Vorhaben stoppen, sollten die Windkraftanlagen ihre Messungen stören.



DER ZENTRALE KONFLIKT DES PROJEKTS

Der zentrale Konflikt im Fall Sinzig drehte sich um Verteilungsfragen. Auf der einen Seite steht die Stadt Sinzig, die durch das Projekt finanziell profitiert und ein Interesse daran hat, ihre Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen. Die Windräder hätten keinen Einfluss auf Landschaftsbild oder Geräuschkulisse für die Anwohnenden.

Auf der anderen Seite stehen die Ortschaften Löhndorf und Franken. Sie wären direkt von den Landschaftsveränderungen und möglichen Immissionen betroffen und sorgen sich um den Zustand des Waldes, haben aber über ihre Ortsvorsteher kein direktes Mitspracherecht im Stadtrat. Nach Aussage der Ortsvorsteher sind die Ortsteile auch bereits von anderen Infrastrukturprojekten betroffen: den Autobahnen 61 und 571, Oberleitungen und Sendemasten. Zudem beklagten die Ortsvorsteher insbesondere zu Beginn, dass sie zu wenig Informationen über das Projekt und seine Risiken, aber auch über mögliche finanzielle Teilhabemöglichkeiten und Vorteile erhalten haben.



ZENTRALE FAKTOREN, DIE BEINAHE ZUM SCHEITERN FÜHRTEN

✗ Ungleiche Verteilung von Infrastrukturprojekten:

- Einige Ortsteile sind stärker durch Infrastrukturvorhaben betroffen als andere.

✗ Intransparenz- und Beteiligungskritik:

- Die betroffenen Ortsteile erhielten zu wenig Informationen zum Projekt und den finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten. Dies führte zur Verbreitung von Falschinformationen und Misstrauen.

✗ Naturschutz vs. Energiewende:

- Von Seiten der Gegner wird die Zerstörung des Waldes als ein zentrales Gegenargument genannt.



ZENTRALE FAKTOREN, DIE ZUM ERFOLG FÜHRTEN

✓ Adressieren konkreter Bedenken durch Fachämter:

- Auf Antrag der Freien Wähler wurde eine öffentliche Begehung des Harterscheids organisiert.
- Mithilfe der Klimaschutzmanagerin und des Revierförsters konnten die konkreten Bedenken zum Waldschutz adressiert und diskutiert werden.

✓ Keine Konflikteskalation:

- Es bildete sich keine Bürger*inneninitiative, die Ortsvorsteher mobilisierten nicht.
- Die Debatte verlief überwiegend auf sachlicher Ebene

✓ Direkte Kommunikation:

- Die Ortsvorsteher hatten direkten Kontakt zum Bürgermeister, der Klimaschutzmanagerin und anderen relevanten Akteuren.
- Insgesamt herrschte ein recht hohes Vertrauensverhältnis zwischen den Akteuren, was einer Eskalation des Konfliktes entgegenwirkte.

✓ Gesellschaftlicher und politischer Kontext:

- Die Folgen der Ahrtaflut und des Ukrainekriegs schaffen ein erhöhtes Bewusstsein für Klimaschutz und Energieunabhängigkeit.